

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Aus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Halbpennige. Die Einzelnummer kostet 10 Halbpennige. Bei Nicht-Annahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile über deren Raum 12 Halbpennige, die Reklamizeile 35 Halbpennige. In der Zeitung in der Regel 8 Tage. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 16

Allensteig, Dienstag den 20. Januar.

Jahrgang 1925

Die Regierungserklärung im deutschen Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Jan.

Bei vollem Saal und überfüllten Tribünen eröffnete Präsident Löbe um 6.15 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Präsident Löbe verliest zunächst das Schreiben, in dem Dr. Luther seine Betrauung als Reichskanzler und die Berufung der verschiedenen Minister mitteilt. Die Verlesung wird von den Kommunisten mit höhnischen Zurufen begleitet. Bei der Nennung des Namens von Schlieken rufen auch die Sozialdemokraten: Ah! Ein Kommunist ruft: Eine feine Gesellschaft! Als der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort zu seiner Erklärung erteilt, rufen die Kommunisten laut: Amnestie! Amnestie! Präsident Löbe ersucht die Kommunisten unter Namenennung der einzelnen Abgeordneten wiederholt zur Ruhe. Er erklärt schließlich, es würde ihm leid tun, von seinen Geschäftsordnungsbeschlüssen Gebrauch machen zu müssen. Darauf verstummen die Rufe und

der Reichskanzler

kann beginnen.

Das Kabinett legt sich nach seiner Mitteilung aus folgenden Ministern zusammen: Dr. Stresemann, Außenminister; Schiele, Inneres; Neuhaus, Wirtschaft; Dr. Brauns, Arbeit; Dr. Freuden, Justiz und Geheimes; Dr. Gehler, Reichswehr; Graf v. Kanitz, Ernährung und Landwirtschaft; v. Schlieken, Finanzen; Stinger, Reichspost; Krohne, Verkehr.

Reichskanzler Dr. Luther gedenkt zunächst des Scheiterns des Kabinetts, besonders des Reichskanzlers Marx. Unter dem Kabinett Marx, so fährt er fort, hat das deutsche Volk auf dem dornenvollen und an Rückschlägen reichen Wege zur Gesundung einen bedeutungsvollen Teil zurückgelegt. Auf dem Wege zur Gesundung und dem Wiederaufbau weiter zu schreiten, das wird die Aufgabe der neuen Regierung sein. Die Politik wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes gestellt sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von Parteipolitik fernhalten. Sie wird sich bemühen, im Zusammenhang mit dem Volksgang zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbeherrschender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden. Dazu war notwendig, daß eine Regierung gebildet wurde, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. Für mich war bei der Kabinettsbildung in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise würde. Das ist auch der Wille meiner Kollegen im Kabinett. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, ihrer Abänderung auf gewalttätige oder sonst ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochoverrat mit allem Nachdruck ablehnen und verfolgen. Im übrigen wird sie sich angeschlossen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung zu prüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesunde. Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reiches zu den Ländern. Ihr Eigenleben soll geachtet und auch in der Anwendung der Reichsverfassung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtentum lebendigen Kräfte besonderer Hingebung an das Staatswesen fördern. Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kräfte.

Die Reichsregierung wird sich angeschlossen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten.

In ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden

von uns loyal durchgeführt werden, wie wir die Loyale Durchführung des Abkommens auch von unseren Vertragsgegnern erwarten müssen.

Die politische und seelische Entspannung des deutschen Volkes ist bei der durch die Nichträumung der Kölner Zone sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung. Die Nichträumung enthält einen offensichtlichen Widerspruch gegen den Geist und die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren.

Hinsichtlich der Begründung mit angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Entwaunungsfrage wiederholt die Reichsregierung das Verlangen. Alliierten, ihr das angekündigte Material in kürzester Frist mitzuteilen. Sie wird alle Kraft daransetzen, durch Verhandlungen die alsbaldige Räumung der Kölner Zone zu erzielen. Zur sonstigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Reichsregierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit dem durch dieses Abkommen geschaffenen ausländischen Verwaltungsgestalten sich bisher in Sachlichkeit und ohne Reibungen vollzog. Ich werde es in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett für eine meiner wichtigsten Aufgaben halten, die mit dem Londoner Abkommen zusammenhängenden Fragen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, insbesondere die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zu sichern, mich aber auch mit demselben Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen zu erreichen.

Auf die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund eingehend, wies der Kanzler darauf hin, daß diese Stellung in dem Memorandum der früheren Regierung an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte festgelegt sei und betonte, daß auch die neue Regierung an den dort niedergelegten Voraussetzungen festhalte. Sie werde sich auch bemühen, Deutschland von dem ungerechtfertigten Vorwurf des Verfallers Vertrags über seine Kriegsschuld zu befreien.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Kanzler auf die am 10. Januar abgelaufene Frist zu sprechen, während welcher Deutschland durch den Verfallers Vertrag die Meistbegünstigung verlor. Die Reichsregierung werde die jetzt gewonnene Freiheit dazu benutzen, um Deutschlands Wirtschaftswesen einer weiteren Gesundung entgegenzuführen, namentlich auch um ausreichende Arbeitsgelegenheit mit angemessener Entlohnung zu schaffen. Nur auf diesem Wege könne die Passivität der Handelsbilanz überwunden und mit ihrer Aktivierung die Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen gesichert werden. Wo aber bis zum 10. Januar vorläufige oder endgültige Abmachungen nicht erreicht worden seien, werde sie der deutschen Wirtschaft jede mögliche Erleichterung zu verschaffen trachten und sich besonders gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken.

Auf innerpolitischem Gebiet wolle die Regierung dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des deutschen Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet würden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und die Stärkung der inneren Kaufkraft seien ihr Ziel, ebenso die Beseitigung aller unnötigen und die breite Masse ausbeutenden Verteuerungen. Nur durch die Stärkung und die Gesundung der deutschen Wirtschaft könne auch die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen weiter auszubauen. Die bereits in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfe sollten baldigst dem Reichstag zugehen. Dem Problem der Arbeitslosigkeit laufe die Regierung durch Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit und Errichtung der Arbeitslosenversicherung gerecht zu werden. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts werde sie ohne Verzug den Entwurf eines Arbeitsrechtsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften unterbreiten. Die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung stelle nur ein durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht dar, das beseitigt werden müsse, sobald es die Besserung der Wirtschaftslage irgend zulasse. Bezüglich der Lohn- und Gehaltsentwicklung werde sich die Regierung dafür einsetzen, daß die Besserung der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zugute komme. Durch Verbesserung der Indexberechnung solle größere Klarheit über die wirkliche Kauf-

kraft der Arbeitseinkommen geschaffen werden. Soweit es die Wohnungsnot zulasse, werde die Regierung im Abbau der Wohnungszwangswirtschaft fortfahren, dabei aber die wirtschaftlich Schwachen und die Kinderreichen berücksichtigen. Gegen eine wucherische Ausbeutung freier werdender Wohnungen werde sie scharf vorgehen. Zur Aufwertungsfrage würden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die ein endgültiges Recht schaffen und den berechtigten Wünschen der durch die Inflation Geschädigten Rechnung tragen sollten. Ferner seien Gesetze vorbereitet, die eine systematische, einheitliche, wirtschaftlich richtige und sozial gerechte Besteuerung in klaren und einfachen Formen herbeiführen sollten.

Weiter erklärte der Kanzler, unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur müsse vertieft und ihre Güter in möglichem Umfang auch den Nichtbemittelten zugänglich gemacht werden. Von der heranwachsenden Jugend seien die Körper und Seele bedrohenden Gefahren abzuwehren. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hoffe die Regierung ein seit langem vorbereitetes Reichsschulgesetz dem Reichstag demnächst vorlegen zu können. Ehe der bereits vorgelegte Haushaltsplan in vollkommener Gestalt verabschiedet werden könne, seien eine Anzahl Vorfragen, die Aufwertung, der Finanzausgleich und die Steuergesetzgebung gesetzgeberisch zu regeln. Die Reichsregierung werde die bereits vorbereiteten Gesetze möglichst bald dem Reichstag zuleiten.

Von der Rechten wurden einige Stellen der Rede mit Beifall begleitet. Am stärksten und ziemlich allgemein war der Beifall bei der Verwahrung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone.

Während und nach der Rede des Kanzlers veranstalteten die Kommunisten mehrfach lärmende Kundgebungen, so daß Präsident Löbe mit schärfsten Maßnahmen drohen mußte. Um 7 Uhr wurde die Besprechung der Regierungserklärung auf morgen mittag 12 Uhr vertagt.

Die Presse zur Regierungserklärung.

Berlin, 20. Jan. Die gestern im Reichstag von Dr. Luther abgegebene Erklärung findet mit Ausnahme der „Kölnischen Volkszeitung“ in keinem Blatt ausgesprochene Ablehnung. Das kommunistische Parteiorgan betont auch, daß die kommunistische Partei als einzige Opposition die Regierungserklärung gemahnt habe. — Einzelne Punkte der Regierungserklärung erfahren allerdings in den Blättern je nach der Parteirichtung eine gewisse Kritik, besonders hinsichtlich dessen, was in der Erklärung nicht gesagt worden ist. Im ganzen genommen nimmt die Presse eine abwartende Haltung ein und macht ihre Beurteilung der neuen Regierung von deren Taten abhängig.

Die deutschnationalen Blätter knüpfen an die neue Reichsregierung, in der zum erstenmal seit der Revolution deutsch-nationale Vertreter sitzen, ihrer Parteirichtung entsprechende Hoffnungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem ersten Schritt auf neuen Wegen. Es handle sich jedoch um einen Anfang, der der Entwicklung bedürfe. Die neue Regierung müsse mit ihrer Arbeit da anfangen, wo die alte aufgehört habe. Und sie habe zunächst mit dem zu rechnen, was ihre Vorgängerinnen geschaffen oder unterlassen hätten, freilich nicht mit einem Unabänderlich.

Die „Kreuzzeitung“ unterstreicht vor allem die von Dr. Luther betonte christliche Grundlage unserer ganzen Kultur und bemerkt, wenn es der Reichsregierung ernstlich um die Durchführung eines nationalen christlichen Programms zu tun sei, dann müsse sie auf eine Aenderung der politischen Verhältnisse in Preußen dringen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ spricht von einem neuen Typ einer Reichsregierung, deren Zusammensetzung rein äußerlich schon eine Rückkehr zur Sachlichkeit, zum Sachmann, bedeute.

Die „Zeit“ sieht den Eindruck, den die Regierungserklärung hinterließ, in die Worte zusammen: Das Kabinett Dr. Luther wird kein parlamentarisches Kampfkabinett sein. Dr. Luther, der auch über die Grenzen der Regierungsmehrheit hinaus die Kräfte aller staatsbeherrschenden Parteien zur Mitarbeit herausziehen möchte, wolle dem inneren Frieden dienen.

Die „Germania“ sagt: Alles in allem keine schlechte Botenschaft, die uns da verkündet wurde. Was an diesen Versprechungen und Beteuerungen christliche Ueberzeugung und entschlossener Wille sind, bleibt abzuwarten. Das Gute, was die Regierung verspricht, wird das Zentrum christlich unterstützen. Für jede Abirrung wird es ein aufmerksames Auge haben.

Die Erklärung des Kanzlers, daß er die volle Verantwortung für die von ihm vorgeschlagenen Richtlinien trage, nennt die „Kölnische Zeitung“ ein schönes Zeichen für die Verantwortungsübernahme, die Ehrlichkeit und den Optimismus Dr. Luthers. Ob es auch ein Zeichen für die Erkenntnis der realen Verhältnisse sei, das müsse die Zukunft zeigen.

Auch der „Vorwärts“ will die Taten der neuen Regierung abwarten, erklärt allerdings, daß die Gehälter auf der Regierungsbank ihm größtes Mißtrauen einflößten.

Die Politik des 18. Januar

Auf der Handverammlung der Deutschen Volkspartei in Stuttgart sprach der Leiter der Partei, der Staatsrechtler Geh. Rat Prof. Dr. Rast und führte u. a. aus:

Wir feiern Reichsgründung, doch nicht als einen Tag rauschender Feste und des Jubels, sondern wir nehmen ihn als Anfang ernster Selbstbesinnung auf unsere Verantwortlichkeit. Die Reichsgründung erschien uns feinerzeit wie eine Ewigkeitsgründung, denn das Deutsche Reich wurde durch Bismarcks Reichsverfassung enger zusammengefügt und national bewahrt. Bismarcks Reich galt als die einzig gültige (hart) geprägte Form unseres nationalen Daseins. Es ist anders gekommen, und auch der Sinn des 18. Januar ist damit gegenwärtig ein anderer geworden. Im Vordergrund steht heute die eiserne Tat der Reichserhaltung, Bismarcks einziges Erbe, das Gefühl unserer staatlichen Einheit. Wo aber ist Reichserhaltung? Das Reich von heute ist glanzlos, machtlos, unideal, aber dennoch und immer noch das Reich! Träume es zusammen, dann könnten wir die deutsche Geschichte ungefähr bei der Völkerwanderung wieder beginnen, deshalb Reichserhaltung im inner- und außenpolitischen Dasein. Ein bis in den Tod getreuer vaterländischer Wille ist beim einzelnen möglich, aber nicht bei einigem Volk von 60-70 Millionen, das leben muß und nicht sterben darf, leben, um seinen weltgeschichtlichen Beruf zu erfüllen. Es gibt noch Höheres als Leben, nämlich mutiges Durchhalten bis zum Ende, in Geduld, zu opfern und zu arbeiten, bis der Sieg da ist. Das zu fordern, ist für einen Redner hart, aber die harte Notwendigkeit erfordert dies.

Ist das Reich in Gefahr? Ja — und im Vordergrund steht heute Gefahr von außen, die Gefahr der Zermürbung und Vernichtung. Diese Erkenntnis ist jetzt wieder umso deutlicher, denn das Vertrauen ist aufs Tiefste erschüttert. Es laufen Räumungsfristen in 5, 10 und 15 Jahren ab, und man hat jetzt die Gewissheit erlangt, daß immer noch Ablauf dieser Fristen Schwierigkeiten werden bereitet werden. Es gibt keine Freiheit, keine Lüge, auf die wir nicht geachtet sein müssen. Das deutsche Recht der Räumung ist zum Handelsobjekt erniedrigt worden. Die erste Regierung des deutschen Ehrgefühls müßte sein, unsererseits den Vertrag für null und nichtig zu erklären. Man muß aber, so bitter es ist, erkennen, daß dieser Weg nicht gangbar ist, es wäre nicht der Weg des 18. Januar, denn es hieße Reichszertrümmerung, nicht Reichserhaltung. Gerade jetzt müssen wir der Welt beweisen, daß wir eine Nation sind, mit der man Verträge rechtsgültig abschließen kann. Die Reichserhaltung muß uns auch davon abhalten, den Abschluß von Handelsverträgen zu verweigern, denn das müßte unabsehbare Wirrungen für Handel und Gewerbe im Gefolge haben. Es gibt nur einen Weg, auf dem wir — so beschämend es für uns sein mag, gesagt muß es doch werden — vorwärtskommen können, das ist der Weg der Verständigung. Dieser Weg muß beschritten werden, tapfer, mit rücksichtslosem Wahrheitsmut und unter besonnener Ausnützung aller Inponderablen. Das mindeste Ziel muß natürlich sein, daß ein mittlerer Termin gefunden werden muß für die Befreiung des ganzen Ruhrgebiets.

Kann wird vielfach gefragt: Ja, wo bleibt denn der Völkerbund? Kann wird mit gutem Recht gesagt werden können, daß, wenn Deutschland heute Mitglied des Völkerbundes wäre, es ein starkes und wichtiges Mittel für die Auslegung und Handhabung des Art. 439 des Versailler Vertrages in der Hand hätte. Aber die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist nicht nur aus diesem einem Gesichtspunkt, sondern aus dem Gesichtspunkt der Reichserhaltung, überhaupt zu beurteilen. Sie ist in der Tat eine Fundamentalfrage für uns. Würden wir sie lediglich nach dem Gefühl beantworten, so müßten wir sie rundweg verneinen, denn es ist noch nicht vergessen, daß der Völkerbund als Züchtigungs- und Vergewaltigungsinstrument errichtet wurde. Aber die einzig maßgebende Frage muß die sein, ob es die Selbsterhaltung Deutschlands verlangt, daß wir aktiv dabei beteiligt sind, wo lebenswichtige Fragen für uns und die im

Völkerbund vereinigten Länder entschieden werden. Und solche Fragen gibt es eine ganze Menge. Nicht unwichtig für die Entscheidung dieser Frage ist auch die Tatsache, daß die nationalistische Presse in Frankreich bei dem Auftreten des Gedankens des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ein merkwürdiges Herabfallen gezeigt hat; diese Presse scheint vorauszuahnen, daß auf Grund der Arbeit des Völkerbundes mit automatischer Gewalt ein Stützpunkt nach dem anderen vom Versailler Diktat abdrücken müßte.

Was die Erhaltung der Reichseinheit durch Mittel der inneren Politik anbelangt, so muß mit Bedauern festgehalten werden, daß die gesamte innere Politik verdrängt hat. Der Gedanke der Reichserhaltung fordert die Stärkung der Staatsautorität; darum lehnen wir den gewaltsamen Umsturz zum Zwecke der Wandlung der Staatsform ab. Niemand und nichts kann uns hindern, an die Wiederkehr eines nationalen Volkserntums zu glauben; aber ein Wechsel in der Staatsform kann nicht künstlich gemacht werden, man muß warten, bis die Zeiten und die Menschen dafür reif sind. Getreu ihrer 66jährigen Geschichte hält die Deutsche Volkspartei am Liberalismus, so wie ihn die neue Zeit verlangt, in der Form eines verantwortungsbewußten Tatsachenmutes und eines Ausgleichs mit dem durch die geschichtliche Entwicklung gewordenen und dem Kommenden fest, im Geiste des 18. Januar!

Von der Deutschen Volkspartei. Die von der Deutschen Volkspartei am Samstag gehaltene Vertreterversammlung war von 200 Vertretern der Ortsvereine besucht. In angeregter Aussprache wurde alle brennenden Fragen auf dem Gebiet der Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik behandelt. Nach Begrüßungsworten durch Hofrat B i e s erfolgten die Referate des Genannten über die politische Lage im Reich, während Dr. Egelschlag den Landtagsbericht erläuterte und Abg. Rath über Kommunalpolitik, Generalsekretär Dr. März über die Erfahrungen des Reichstagskampfes sprach. In zwei Entschlüsseungen wurde der Reichstagsaktion Treue, Dank und Vertrauen belundet sowie gegen den schändlichen Vertragsbruch der Entente wegen der Nichträumung Kölns Protest erhoben. Dieser Vertragsbruch habe den Glauben an Recht und Gerechtigkeit und an den guten Willen der Sieger, zu einer vernünftigen Regelung der zu lösenden Fragen zu kommen, aufs Tiefste erschüttert.

Die Krise in den Wirtschaftsverhandlungen

Berlin, 19. Jan. Von deutscher Seite in Paris wird gegen falsche Darstellungen der französischen Presse über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen mitgeteilt:

Der Hauptgrund der entstandenen Meinungsverschiedenheiten ist darin zu finden, daß die deutsche Abordnung an dem von den beiderseitigen Vorsitzenden am 12. Oktober 1924 unterzeichneten deutschen Protokoll festhält, dessen wesentlicher Inhalt die Einräumung der Meistbegünstigung rechtlich an Frankreich gegen die Meistbegünstigung in Frankreich an Deutschland bildet. Die deutsche Vertretung hat keinen Anlaß gesehen, für das in Aussicht genommene kurzfristige Abkommen die gemeinsam gefundene Grundlage zu verlassen, oder sie, wie die französische Formel lautet, „nicht mehr vollständig anzuwenden“.

Einen weiteren Punkt der Meinungsverschiedenheiten bildet die Frage der Vorzugsbehandlung der einheimischen Waren. Die deutsche Vertretung hat an ihren wiederholt dargelegten Standpunkt festgehalten, daß jede Verhandlung abgelehnt werden müsse, die in der Praxis auf eine Verlängerung der im Versailler Vertrage vorgesehenen Ordnung hinausläufe. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, bei Erörterung der einzelnen Warengebiete zu prüfen, inwieweit den besonderen Verhältnissen Einflußleistungen durch eine Vorzugsbehandlung Rechnung getragen werden könnte. Die deutsche Vertretung hat jedoch dabei

den Fortschritt gemacht, daß Vorzugsrechte, die auf diesem Wege gewährt werden könnten, in Wegfall kommen, wenn sie auf Grund der Meistbegünstigung von „dritten Staaten“ in Anspruch genommen werden. Tatsächlich ist Deutschland auf Grund des mit fast allen anderen Staaten bestehenden Meistbegünstigungsverhältnisses diesen gegenüber verpflichtet, jenen dieselben Vorzugsrechte einzuräumen, die Frankreich für einheimische Waren bekommen würde. Würden „dritte Staaten“ von diesem Recht Gebrauch machen, so würde eine für die deutsche Wirtschaft unerträgliche Durchbrechung des geltenden Zollschutzes eintreten. Französische Zeitungen behaupten, Deutschland habe in dieser Frage England zum Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland machen wollen. Wenn im Laufe der Verhandlungen auf beiden Seiten der Name Englands ebenso wie der anderer Staaten erwähnt worden ist, so ist dies nur zur beispielsweise Erläuterung der Frage geschehen. Die deutsche Vertretung ist der selbstverständlichen Ansicht, daß es ihre Pflicht ist, sich mit den „dritten Ländern“ darüber auseinanderzusetzen, ob sie auf Grund der Meistbegünstigung die Frankreich eingeräumten Vorzugsrechte beanspruchen wollen oder nicht. Eine schiedsrichterliche Tätigkeit eines Staates kommt demnach überhaupt nicht in Frage.

Inzwischen hat, wie aus Paris gemeldet wird, die dortige Presse, die schon mit dem üblichen Geräusch den Zollkrieg als über hingenommen hatte, ein wenig eingelenkt. Sie teilt mit, daß, nachdem der französische Handelsminister seine Vorschläge der deutschen Vertretung schriftlich überreicht hat, am Samstag Unterhandlungen verhandelt haben, so über die Errichtung deutscher Konsulate in Frankreich. Das sei ein Beweis, daß man auf deutscher Seite weiter verhandeln wolle.

Herriot und die Finanzlage Frankreichs

Paris, 19. Jan. In der Samstagssitzung der französischen Kammer wurde ein Regierungsentwurf, der die Einbringung einer Geldkassette für die von Deutschland zu beziehenden Sachlieferungen vorsieht, beraten. Der Berichterstatter betonte, daß nur für bestehende Summen Waren für den Wiederaufbau geliefert werden, daß also Frankreich keinen Nutzen aus den Vorschriften des Friedensvertrages hinsichtlich der Sachlieferungen habe ziehen können, weil bis jetzt keine Stelle vorhanden habe, die als Vermittler zwischen den Interessenten und der Wiederherstellungskommission hätte auftreten können.

Ministerpräsident Herriot sagte, die Regierung sei bereit, alles Mögliche zu tun, um den Geschädigten in der ehemaligen Kampfzone zu helfen. Aber jeder wisse, daß, als die jetzige Regierung ans Ruder gekommen sei, sie eine schwierige finanzielle Lage vorgefunden habe. Jetzt könne man keine Anleihen mehr wie früher aufnehmen. Jedermann, der guten Glaubens sei, wisse, daß das Kabinett Herriot nicht für die augenblickliche Lage verantwortlich gemacht werden könne. Jedermann wisse ferner, daß man zu lange die Politik der Sachlieferungen vernachlässigt und statt dessen die durch innere Anleihen aufgebrachtene Bankrotten an die Geschädigten verteilt habe. Man habe denen Geld gezahlt, die das meiste gefordert hätten. Er wolle keine Inflation, welches auch die Folgen dieser Entscheidung sein mögen. Mit der Politik der Anleihen und der Inflation müsse Schluss gemacht werden. Der Gelektentwurf wurde angenommen.

Es ist Ihr Vorteil

wenn Sie sofort die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat Februar bestellen, denn bei Bestellungen nach dem 25. Jan. erhebt die Post einen Verspätungszuschlag von 20 Pf.

Ingeborg.

Roman von Fr. Sebne.

Herbergschuh durch Stuttgarter Romanzentrale C. Adersmann, Stuttgart.

„Du, Inge“, rief sie, „der machst ja einem Birkstreiter Konkurrenz! Und was für ein bildhübscher Mensch! Wie er zu Pferde saß — himmlisch! — — Du ärgerst Dich? — Ach was! Nur mir die einzige Liebe und sei nicht so pedantisch! Wir waren doch die einzigen nicht, die eine so süßne Idee hatten! Hast Du nicht bemerkt, wie drüben an der Ecke Apotheker Riebels Tochter ganze Bußzeiten herumtrotzen? — Kein Mensch findet was dabei.“

Hedi hatte große Mühe, Ingeborgs Bedenken, die sie frei gehandelt zu haben, zu beschwichtigen, und sie hätte ihre ganze Ueberredungskunst auf, die Freundin zu ihren Ansichten zu befehlen.

Am nächsten Nachmittag stieß Ingeborg zum Tisch ein. Sie verkehrte gern in Dr. Bodens gastlichem Hause, in dem eine so ganz andere Atmosphäre herrschte, als in dem Elternhause. Außerdem waren ihr die Freistunden so spöttlich zugemessen, daß sie gern eine jede ausnützte.

Etwas bekümmert ansehend, trat ihr Hedi entgegen. „Du, aus der Fahrt nach Puchbergshöhe wird es nichts. Bodo hat keine Lust; er will seine Pferde reiten. Da wird Friedel vergeblich Ausschau nach uns machen! — Na, komm nur rein, wie ich dich erwartet, Du Muster oder hässlichste! Der Kaffee ist frisch aufgegossen und die Tassen sind praxtrot!“

Die beiden jungen Mädchen waren so das sehr „Ja“ und „Nein“ in der Stimmung.

Ingeborg sah die Herrin, die einen runden, eine runde,

gemüthlich aussehende Dame, die lobten den Kaffeetisch, und den kritischen Mustern unterlag. Er sah sehr lebhaft aus. Auf dem weißen Damasttisch lag ein vergoldeter Koffer mit geschloffenen Einschüben und Spiegeln, und in einer hohen geschweiften Vase schwannten köstliche La France-Rosen. Und die ausgedehnte Tischschüssel war so verlockend, daß Hedi sagte: „Nun, nun, wir nun nicht bald trinken, nehm ich mir das Beste an, ich schon im voraus!“ und sie war im Begriff, ihr Vorhaben auszuführen.

„Hedi, sei doch nicht gar zu kindisch“, verwies ihre Mutter sie, „geh und lade den Herrn nochmals Bescheid, daß wir auf sie warten.“

Die junge Mädchen gehorchte und kam in Begleitung ihres Vaters aus dem nebenanliegenden Parquet zurück.

Mit Mühe nur unterdrückte Ingeborg einen Ausruf des Entsetzens, und sie fühlte sich erröten, als sie den kahlen Offizier an der Seite des Hausherrn erblickte. Das war doch kein anderer als der, dem sie gestern die Rolle zugeworfen hatte!

Der kahlen stieß Hedi sie in die Seite und sagte: „Gelt, das ist eine Ueberraschung — —“

„Warum hast Du mir das nicht gesagt, Hedi?“

„Du hast mich ja nicht nach unserer Einquartierung gefragt, warst ja so gleichgültig — — ich war selbst bass!“

Gemüthlich klopfte Dr. Boden dem schönen Mädchen die heißen Wangen — „na, du, guten Tag! gib mir Dein Parfümchen! Schön, daß du da bist, Kind! — — Erst möchte ich dich nun mit unserem Gast bekannt machen — — Ha, da ist Steinert — Fräulein Elguth — —“ Hedi er vor.

Rahma

MARGARINE

buttergleich



selbst aber ohnegleichen,
weil sie den Nährwert und Feingeschmack
der besten Tafelbutter mit der Billigkeit
der Margarine in sich vereint.
Immer frisch! Überall erhältlich!
1/2 Pfd. nur 50 Pfg.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis.



Miele } **Fahrräder**
 } **Zentrifugen**
 } **Butterfässer**
 } **Wringmaschinen**

sowie Ersatzteile hiesfür stets am Lager
bei

Johs. Werner & Sohn
Maschinenhandlung, Nagold. Telefon Nr. 111.

Haar-
wasser, Kämme,
Bürsten, Kopf-
waspulver

Gesichts-
creme, Seifen etc.

Körper-
pflegemittel
aller Art

Schwarzwaldrogerie
FrigSchlumberger

Altensteig
gegenüber dem „Gr. Baum“

Altensteig.
Frische
Eier

per Stück 15 Pfg., zu haben
bei
Lorenz Luz jr.

Altensteig.
Einen leichten

Leiterwagen
und ein
Güllenfaß

beides wenig gebraucht, ver-
kauft
Stadtthierarzt Dr. Schneider

Verkaufe eine trächtige
Schaff-
Ruh

Joh. Kübler,
Weißern.

Warzen besenligt
schnell
und schmerzlos Dr. Ballebs
Warzenzerstörer.
Gebr. Benz, Drogerie, Altensteig

Für Wirte und Weinhändler
empfehle ich mein reichsortiertes Lager in nur erstklassigen,
bestgepflegten
in- und ausländischen



Rot- und
Weißweinen

zu sehr vorteilhaften Preisen. Bitte bei Bedarf Offerte
bei mir einholen zu wollen.

Magin Fa, Tuttlingen
Weingroßhandlung und Spirituosen
Telefon Nr. 265.

Platzvertreter gesucht.

Die Gartenlaube
Das reichhaltigste Familienblatt

Spannende Romane und Novellen. Aufsätze aus
allen Wissensgebieten, viele Abbildungen, Kunst-
blätter, Bilderbogen der Zeit, Frauenteil mit Mode-
handarbeit, Schnitt- und Stickmustern, Kinder-
Gartenlaube mit ernstem und heiteren Beiträgen

Jedes Heft nur 45 Pfg. frei Haus.
Bestellen Sie sogleich.

An die
W. Rieker'sche Buchh. Altensteig.
Diesern Sie mit fortlaufend
„Die Gartenlaube“
ab Heft 1 — ab laufendem Heft, Heftpreis 45 Pfg.
Ort und Straße:
Name und Stand:

Forstamt Altensteig.
**Verpachtung land-
wirtsch. Grundstücke**

Am Samstag, den 24.
Jan. 1925 vorm. 10 Uhr
kommen im Schwann in
Altensteig 29 Pacht-Lose auf
6 Jahre zur Neuverpachtung.
1 Los auf Markung Altensteig
(Waffenhalbe) 1 Los auf
Markung Ebhausen (Hirsch-
land) 2 Los auf Markung
Ebershardt (bei der Mon-
hardter Wasserstube) 22 Los
auf Markung Monhardt
(hierunter Stod, Sägmühl-,
Banner- und Birkwiesen und
Gerberacker) je 1 Los auf den
Markungen Spielberg, Wö-
nersberg, Pflanzgrabenweiler
(Zinsbach). Nähere Auskunft
durch das Forstamt.

Forstamt Hestell
**Nadelholzstamm-
holz- und Stangen-
Verkauf.**

Am Mittwoch, den 28.
Januar 1925, nachmittags
2 Uhr im Gasthof zur
Krone in Hoffstett, Post
Leinach, aus Staatswald
Frohwald, Bergwald und
Schindelhardt: 10 Lose
Nadelstammh. mit Jm.:
224 I., 259 II., 238 III.,
144 IV., 112 V., 8 VI. Kl.
Kauf: 116 1a, 230 1b,
89 II., Kl.; Sagst.: 328 I.,
539 II., 101 III. Kl.; Dop-
fenst.: 1796 I., 600 II. Kl.
Losverzeichnisse durch die
Forstdirektion, G. f. S.,
Stuttgart.

Ebhausen.
Gebrauchten
Diwan
neu aufgepolstert
billig zu verkaufen
Johs. Pfeifle
Sattlermeister.
Ordentlicher
Junge
findet aufs Frühjahr
gute Lehrstelle
bei Obigem.

Altensteig.
Eine fette
Ralbin
verkauft. Wer? sagt die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Sauberes, eheliches
Mädchen
nicht unter 18 Jahren in
Geschäftshaus gesucht. Von
wem? sagt die Geschäftsst.
ds. Bl.

Gestorbene.
Freudenstadt: Frau Luise
Schmid, geb. Daug, Gat-
tin des Oberlehrers a. D.
Schmid.
Freudenstadt: Fräulein Anna
Schlager, Aufsichtsbame
im Ruchhaus Palmenwald.

Snften-
bonbons und Pastillen
Snften-
kräuter
alle bekannten Sorten
empfiehlt

Schwarzwaldrogerie
FrigSchlumberger
Altensteig
gegenüber dem „Gr. Baum“

Sie sparen Geld
Verlangen Sie sofort ge-
gen Einsendung von 10
Pfg. in Briefmarken aus-
führl. Katalog über
Fahrräder
1 Jahr Garantie 68 Mk.
von
Nähmaschinen
5 Jahr Garantie 98 Mk.
von

Gummi
Zubehörteile
EMIL LEVY
Hildesheim 369

I Singernähmaschine
(Central) für Schneider
I Dürrkopp Langschiff-
Nähmaschine
für Hausgebrauch,
beide gebraucht aber gut nähend, umstände-
halber billigst zu verkaufen.
Joh. Werner & Sohn, Nagold,
Tel. 111.

